

# "Störe meine Kreise nicht!"

Autor(en): **Iten, Marco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): - **(2001)**

Heft 51

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-967567>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Marco Iten ist Projektleiter im Bereich Kommunikation im SNF.



## «Störe meine Kreise nicht!»

« Warum macht der Nationalfonds die Gesetze nicht gleich selber?», empört sich ein Parlamentarier, nachdem bekannt wird, dass der Bundesrat sich im Nachgang zum Stammzellenentscheid des Nationalfonds dazu entschlossen hat, die Verwendung von überzähligen Embryonen für die Stammzellenforschung in einem separaten Gesetz zu regeln und nicht, wie bisher vorgesehen, im Rahmen des Gesetzes über die Forschung am Menschen. «Skandalös» und «inakzeptabel» sei die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu einem Zeitpunkt, zu dem noch keine gesellschaftliche Grundsatzdebatte über die ethischen Grenzen der Biomedizin stattgefunden habe. Während sich die Entrüstung in gewissen Politikerkreisen lautstark Luft verschafft, muss die Frage gestattet sein, was die Alternativen zum jetzt eingeschlagenen Weg wären.

Da mit einem Inkrafttreten des Gesetzes über die Forschung am Menschen wohl frühestens in vier bis fünf Jahren gerechnet werden kann, würde ein Zuwarten die äusserst unbefriedigende Rechtssituation bei den embryonalen Stammzellen auf längere Zeit fortbestehen lassen. Die Entnahme bei überzähligen Embryonen in der Schweiz bliebe verboten, während die Verwendung von importierten Stammzellen zulässig ist. Durch diese Gesetzeslage wird die Verantwortung für die ethische Dimension der Stammzellenforschung zumindest teilweise ins Ausland delegiert. Das kann und darf auf Dauer nicht so sein. Der Nationalfonds ist dem Bundesrat dankbar, dass er der Bitte gefolgt ist, diese unbefriedigende Situation raschmöglichst zu klären. Und welcher andere Weg sollte dafür besser geeignet sein als das schweizerische Gesetzgebungsverfahren? Die breite Diskussion der Vorlagen bei der Vernehmlassung, die zweistufige Behandlung in den Räten und das durch die direktdemokratischen

Instrumente gewährleistete «letzte Wort» des Souveräns garantieren die Mitsprache und die Mitentscheidung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Der Nationalfonds hat sich der Entscheidung, das Forschungsprojekt der Genfer Forschungsequipe um Marisa Jaconi zu finanzieren, nicht leicht gemacht und sich damit auch innerwissenschaftlicher Kritik ausgesetzt. Alle in den verschiedenen Diskussionsschritten vorgebrachten ethischen, juristischen und wissenschaftlichen Argumente wurden eingehend geprüft und in einer Gesamtbewertung gegeneinander abgewogen. Dabei wurde die Hoffnung, kranken

Menschen in Zukunft dank Stammzellen helfen zu können, so hoch gewichtet, dass es unter strengen Auflagen gerechtfertigt erschien, im Ausland legal entnommene embryonale Stammzellen für diese Forschung zu verwenden.

Verständlich wäre die Entrüstung im politischen Lager eigentlich nur dann, wenn der Nationalfonds mit seinem Förderungsentscheid neues Recht geschaffen hätte. Das hat er aber nicht. Er hat im Gegenteil für alle Beteiligten nachvollziehbar und in ethisch verantwortlicher Weise bestehendes Recht angewendet und gleichzeitig auf die Problematik der aktuellen Rechtslage aufmerksam gemacht. Warum also die Entrüstung? Versteht man in Teilen der Politik den so oft beschworenen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft als Sandkastenspiel ausserhalb der politischen Realität? Nur so wäre nachzuvollziehen, warum bereits die Bitte um Klärung von forschungsrelevanten gesetzlichen Rahmenbedingungen als unzulässiger Eingriff in das politische Agendasetting gilt und zu derart massiven Anwürfen führt. «Störe meine Kreise nicht!» – ein taugliches Motto für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik? Ich dachte, das hätten wir hinter uns.

M. I.